



Mediendienst

4. November 2022

IG BAU: „Wer flüchtet, fragt nicht nach leichtem Rückgang beim Vonovia-Gewinn“

Vonovia tritt profitorientiert auf die Neubau- und Modernisierungsbremse

Burckhardt: „Bund muss bei Vonovia einsteigen und den Kurs mitbestimmen“

Auf die Ankündigung von Deutschlands größtem Immobilienkonzern, Vonovia, im kommenden Jahr nur noch 850 Millionen Euro in Neubau und Modernisierung zu investieren – und damit über 40 Prozent weniger als im laufenden Jahr, reagiert die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) mit deutlicher Kritik. Das für die Baubranche bei der IG BAU zuständige Mitglied im Bundesvorstand, Carsten Burckhardt, erklärt dazu:

Wenn der Platzhirsch unter den Wohnungskonzernen jetzt beim Neubau und bei den Modernisierungen profitorientiert auf die Bremse tritt, dann ist das verantwortungslos. Die Menschen brauchen dringend mehr bezahlbare Wohnungen und vor allem auch Sozialwohnungen. Die Flüchtlingszahlen sind auf einem Rekordhoch. Ein Großteil der Menschen, die aus der Ukraine geflüchtet sind, wird bleiben. Es werden schon deshalb auch perspektivisch deutlich mehr Wohnungen gebraucht. Wer flüchtet, fragt nicht danach, ob der operative Gewinn bei Vonovia im nächsten Jahr „leicht zurückgehen“ wird.

Vonovia ruft nach eigenen Angaben eine Durchschnittsmiete von 7,47 Euro pro Quadratmeter auf. Vonovia ist für das Drehen an der Mietpreisspirale bekannt – im Gegensatz zu kommunalen, genossenschaftlichen und kirchlichen Wohnungsgesellschaften. Bei denen liegt die Miete im Schnitt lediglich bei rund 6 Euro. Es darf beim größten Vermieter Deutschlands nicht länger darum gehen, welchen Profit er macht und welche Gewinne er seinen Aktionären ausschüttet. Es muss um mehr Wohnungen gehen und vor allem um bezahlbare Wohnungen. Ebenso um mehr Wohnungen, die energetisch und seniorengerecht saniert werden.

Die Ankündigung von Vonovia, Neubau und Modernisierungen erheblich drosseln zu wollen, macht eines deutlich: Es wird höchste Zeit, dass der Bund bei Vonovia einsteigt. Er muss einen Anteil von 25 Prozent plus eine Aktie erwerben – also die geringste und damit günstigste Sperrminorität in der Hauptversammlung und einen entsprechend effektiven Einfluss in den Aufsichtsräten. Der Staat würde damit Einfluss auf die langfristige Strategie bei Vonovia bekommen – also auch auf den Neubau, die Modernisierungen und die Mietpreisentwicklung. Außerdem wäre dies ein starkes Signal: Der Staat würde damit deutlich machen, dass er sich – nach vielen Privatisierungen – auf dem Wohnungsmarkt wieder einmisch.